DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Landesparteitag am 24. und 25. November 2018 in Stuttgart

Beschluss des Landesparteitages: Kommunalpolitische Eckpunkt

Politik in Landkreisen, Städten und Gemeinden für alle - Menschen vor Profite

Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür werden die gesellschaftlichen Konflikte deutlich: Wenige werden immer reicher, während sich Viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Pflegekräfte, an den Schulen Lehrerinnen und Lehrer.
Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort. Linke Kommunalpolitik heißt einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde und im Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. Die meisten Menschen, die sich gemeinnützig und sozial engagieren, tun dies auf kommunaler Ebene. Sie tun dies im Sportverein, bei der Flüchtlingsarbeit oder in den Sozial- und Umweltverbänden. Hier findet das öffentliche Leben statt. DIE LINKE verbindet die Arbeit in den kommunalen Parlamenten mit diesem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen.
Demokratie beginnt vor Ort. Wir verbinden Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit dem Eintreten für Reformen und Alternativen. Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!

Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort

Obwohl Baden-Württemberg zu den wohlhabenden Bundesländern gehört, ist jede und jeder sechste von Armut betroffen oder bedroht. Kinder- und Altersarmut, prekäre Beschäftigung und fehlende kulturelle Teilhabe nehmen auch hier zu. Umso wichtiger ist es, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise gegensteuern. DIE LINKE hat in verschiedenen Kommunen in Baden-Württemberg die Einführung eines Sozialtickets mit durchgesetzt, das wollen wir in allen Städten und Landkreisen realisieren. Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie allen Menschen zugänglich sind, und zwar unabhängig vom Einkommen. Familien mit kleinen und mittleren Einkommen wollen wir entlasten, beispielsweise durch gebührenfreie Kitas und durch verbreiterten Zugang zu Sozialpässen. Diese sollen durch vergünstigte kommunale Dienstleistungen der Schwellenarmut entgegenwirken.
Besonders wichtig ist uns, den Kampf gegen Hartz IV auf allen Ebenen führen. Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV und lehnen kommunale „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ als rein symbolische, nicht nachhaltige Propagandainstrumente zur Stigmatisierung erwerbsloser Menschen ab. Bei der Auflage von Arbeitsmarktprogrammen ist vielmehr darauf zu achten, dass flächendeckend alle

Betroffenen überhaupt eine reale Möglichkeit erhalten, daran aus eigenem Antrieb teilzunehmen. Sollte dieser Anspruch durch enge Limitierungen des Bundes - wie beispielsweise bei dem einstigen "Modellprojekt Bürgerarbeit" (2011–2014) - nicht gegeben sein, werden wir dies vor Ort in den Landkreisen und kreisfreien Städten kritisch thematisieren. Ebenso werden wir auf kommunaler Ebene qualitativ fragwürdige "Bildungsmaßnahmen" im SGB-II-Bereich hinterfragen, die offensichtlich nur dazu dienen, die zwangsweise darin zugewiesenen Menschen vorübergehend aus der Erwerbslosenstatistik zu entfernen.
Darüber hinaus kämpfen wir für angemessene Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Berechtigte, von denen die Betroffenen auch wirklich eine Wohnung mieten können. Wir orientieren uns dabei am Leitbild einer inklusiven, ökologischen und sozial nachhaltigen Daseinsvorsorge.

Respekt und Gute Arbeit

Der Niedriglohnsektor wächst und Leiharbeit und Werkverträge nehmen überhand. Als Folge davon können sich gerade in den Städten immer mehr Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten, von Urlaub ganz zu schweigen. Die sozialen Folgekosten der privaten Profitmaximierung trägt die öffentliche Hand und zwar durch aufstockende ALG-Leistungen, Wohngeld und später dann durch Grundsicherung im Alter. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen auch deshalb zum Vorreiter im Kampf gegen Niedriglöhne, Tarifflucht und Befristungen werden. In den städtischen Betrieben, beispielsweise bei den Reinigungskräften, der Müllabfuhr, bei der sozialen Arbeit, in den Kitas und in der Pflege müssen Tariflöhne - ohne Wenn und Aber - gezahlt werden. Zum Beispiel der Fall der Supermarktkette Real zeigt deutlich, wie Unternehmen versuchen, die Tarifbindung zu unterwandern – das zu stoppen ist auch eine kommunale Aufgabe.
Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 12 Euro einsetzen. Aber die Kommunen müssen als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen: Statt Niedriglöhnen in unteren Entgeltgruppen wollen wir 15 Euro Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte und außerdem die Abschaffung sachgrundloser Befristungen in den Kommunen erreichen. Diese Kriterien wollen wir nicht nur bei der Auftragsvergabe ansetzen, sondern auch bei der Gewerbeflächenvergabe. Warum sollten Firmen, die für ihre Steuervermeidungsstrategien oder Tarifflucht bekannt sind, auch noch mit günstigen Gewerbeflächen hofiert werden? Wir setzen uns dafür ein, dass „Gute Arbeit“ zum Leitmotiv kommunaler Wirtschaftspolitik wird.

Bezahlbare Mieten, statt hohe Rendite

In den Ballungszentren explodieren die Mieten, aber auch im Umland und im ländlichen Raum machen steigende Mietkosten den Menschen zu schaffen. Eine verfehlte Bundespolitik hat zu Bodenspekulation, Luxussanierungen und einer marktorientierten Förderpolitik geführt. Während die Mieten in die Höhe getrieben werden, wird der soziale Mietwohnungsbau vernachlässigt. Dadurch fallen jährlich mehr sozial geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus als neue dazukommen. Regulierungen zugunsten von Mieter*innen wurden zurückgenommen, Mieterrechte verschlechtert, öffentliche Wohnungen im großen Stil

verkauft. Mehr denn je sind Wohnungen Spekulationsobjekt. Der Verkauf der 21.500 Wohnungen der LBBW hat dazu geführt, dass die Mieten dieser Wohnungen, die heute der VONOVIA gehören, extrem verteuert wurden. Gleichzeitig sind die Gewinne der VONOVIA explodiert. Privatisierte Wohnungsbestände müssen wieder in öffentliche Hand zurücküberführt werden.
Von den 250 Millionen, die das Land Baden Württemberg für den Bau von Sozialwohnungen zur Verfügung stellt, wurden nur 190 Millionen abgerufen. Hinzu kommt, dass die Kostenmiete bei den Sozialwohnungen – bzw. die Wohnungsgemeinnützigkeit- abgeschafft wurde und neu gebaute und modernisierte Sozialwohnungen heute viel zu teuer sind. In der Konsequenz haben selbst mittlere Einkommen inzwischen Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Menschen mit geringem Einkommen werden aus den Städten getrieben, Pendlerverkehre nehmen zu. Hier braucht es dringend einen Politikwechsel, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. DIE LINKE fordert deswegen, dass die Versorgung für alle mit guten und bezahlbaren Wohnungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gemacht wird.
Das wollen wir durch die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit und durch die Förderung kommunalen Wohneigentums vom Bund erreichen. Eine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir mehr kommunale Wohnungsgesellschaften, die auch durch das Land gefördert werden und für eine Ausweitung der Wohnungsbestände im öffentlichen Besitz nachhaltig sorgen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieterhöhungen abbremsen, verhindern und sogar Mieten absenken. Vor Ort treten wir für eine Sozialquote bei neuen Wohnbauprojekten von mindestens 50% ein und dafür, städtische Grundstücke nur noch in Erbpacht zu vergeben. Bebauungsfähige Privatgrundstücke in nicht-öffentlicher Hand wollen wir dieser zurückführen. Non-Profit-Projekte, genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften und Mietshäusersyndikate wollen wir dabei bevorzugt beteiligen. Wir wollen einen bedarfsgerechten Anteil von barrierefreien Wohnungen bei allen Neubauten durchsetzen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen Wohnungskontingente bereitstellen. Diese werden über die sozialen Träger wie beispielsweise Obdachloseninitiativen und Frauenhäuser weitervermittelt.
Kompakte Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität wollen wir als planerisches Leitbild verankern. Weitere Ausweisungen von Einfamilienhaussiedlungen lehnen wir aus ökologischen Gründen und zum Schutz vor weiterer Flächenversiegelung ab. Kurzfristig müssen zudem auch neue Wege gegangen werden, denn die Ausweisung von Bauland benötigt Zeit und wir wollen ökologische Nachteile vermeiden. Kostengünstige Typen- und Modulbauweisen, Aufstockung von Gebäuden, Überbauung von Parkplätzen und Wohnbebauung in Gewerbe- und Mischgebieten gehören mit auf die Tagesordnung.
Soziale Wohnraumförderung ist nicht nur Neubau, sondern auch der Erhalt von günstigen Wohnungen, hierfür ist es notwendig alle Instrumente, die das BauGB bietet zu nutzen. Nicht zuletzt wollen wir durch einen Ausbau des Nahverkehrs und der allgemeinen Infrastruktur auch den ländlichen Raum zum Wohnen und Arbeiten attraktiver machen.

Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung

Gute Bildung ist ein Menschenrecht, doch nach wie vor werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer ökonomischen Verhältnisse massiv benachteiligt. Verschärft wird dies durch den Mangel an schulischen und pädagogischen Personal. Das kommt nicht von irgendwo her, schließlich wurden Ausbildungs- und Vergütungsbedingungen stark vernachlässigt, insbesondere bei der Ausbildung von Grundschullehrkräften. Dabei entstehen Lücken, die durch prekär Beschäftigte gefüllt werden. Inklusion und Gemeinschaftsschulen werden durch fehlende Mittel klein gehalten und viele Schulgebäude sind in einem erschreckend schlechten Zustand, weil die Kommunen als Schulträger dafür kein Geld haben. Das von CDU und SPD mehrmals versprochene gebührenfreie Kita-Jahr ist am Einspruch des grünen Ministerpräsidenten gescheitert.
DIE LINKE fordert gebührenfreie Kitas und ein kostenloses Schulessen für alle. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. Auch Geflüchtete müssen von der ersten Woche an eine Schule oder Kita besuchen können. Kinder mit Behinderung müssen alle Bildungseinrichtungen barrierefrei betreten können. Zudem streiten wir für die in der Landesverfassung verankerte Lernmittel- und Gebührenfreiheit und das kostenlose Schüler*innenticket.
In den Gemeinderäten setzen wir uns für den wohnortnahen Ausbau der Grundschulen zu Ganztagesschulen mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten und einem fachgerechten Förder- und sozialpädagogischen Begleitsystem mit entsprechender Personalausstattung ein.

Gesundheitsversorgung überall – Pflegenotstand bekämpfen
Die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg steht unter Beschuss. Die Landesregierung plant einen massiven Abbau von Krankenhäusern nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien. Das führt notgedrungen zu längeren Anfahrtswegen und damit zu einer schlechteren Versorgung. Diese Ausdünnung der medizinischen Versorgungsleistungen widerspricht der gesetzlichen geforderten allgemeinen Gesundheitsfürsorge und führt so zu einer schlechteren medizinischen Grundversorgung, besonders im ländlichen Raum. Mit der LINKEN ist das nicht machbar. Wir streiten flächendeckend für den Erhalt von Krankenhäusern und für eine bessere Personalausstattung. Gleichzeitig wehren wir uns dagegen, dass wichtige Bereiche wie Küche und Reinigung zunehmend an Service-Gesellschaften ausgelagert werden. Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe.
Wir unterstützen die lokalen gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Der Mangel an Pflegekräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete Gefahren für Patientinnen und Patienten. DIE LINKE setzt sich für kommunale Pflegestationen ein, die quartiersbezogen und wohnortnah mobile Pflege für alte und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung organisiert und gewährleistet.

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!
Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt, 22% weniger im Schnitt. Insbesondere alleinerziehende Frauen arbeiten oft im Niedriglohnbereich, rund die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Im Alter droht dann Altersarmut. Zudem leisten Frauen den überwiegenden

Teil der Haus- und Fürsorgearbeit und sind in kommunalen Gremien und Vorständen unterrepräsentiert.
Das ist für uns nicht hinnehmbar! DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Wir wollen Aufgaben der Haus- und Fürsorgearbeiten kommunalisieren und die hier herrschende Geschlechtertrennung überwinden. Dazu gehören beispielsweise auch flexible Betreuungszeiten. Politische Ämter und Mandate müssen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt auch für die obersten Verwaltungsebenen. Es wird höchste Zeit, dass die Frauenhäuser endlich angemessen finanziert werden. Es darf nicht sein, dass Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen abgewiesen werden.

Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land
Kultur schafft Identitäten und überwindet Grenzen, sie schafft Austausch und Lebensqualität in den Kommunen. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und wirken allen Versuchen entgegen, diese zu beschneiden. Dabei sind kommunale Kulturträger als auch freie Gruppen und nicht kommerzielle Angebote gleichwertig zu sehen. Wir unterstützen hier besonders den Aufbau von selbstverwalteten Jugendzentren und fördern den Ausbau eigenständiger Kulturangebote für Jung und Alt. Alle kulturellen Angebote bedürfen der ausreichenden Finanzierung, um in die Gesellschaft wirken zu können. Das gilt für das selbstverwaltete Jugendzentrum ebenso wie für städtische Einrichtungen.
Künstler*innen müssen von ihrer Arbeit leben können, deshalb unterstützen wir aktiv die Initiative des Ensemblenetzwerks "40 000 Theatermitarbeiter*innen treffen ihre Abgeordneten", um hier das Gespräch zu suchen. Wir wollen den Zugang zu öffentlichen Räumen für Kulturinitiativen verbessern und auch kleinen Gruppen und Bands eine Chance geben. Wir setzen uns für Ausstellungshonorare und günstige Arbeitsräume für Künstler*innen ein. Um die Arbeit und kommunale Verankerung der Bildenden Künstler*innen zu unterstützen, soll in jedem Bauprojekt eine oder ein bildende*r Künstler*in beratend mitwirken. Hier können bereits erprobte Programme in einigen Städten als Vorbild dienen. Am kulturellen Angebot müssen alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, die Angebote müssen barrierefrei sein und allen Bürger*innen offen stehen. Die Möglichkeit der Teilhabe für alle zu schaffen, das ist Aufgabe der Kommune.

Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen
Ob Schulen und Kitas, sozialer Wohnungsbau, Integration, Bus und Bahn oder Digitalisierung – überall fehlt das Geld. Der Investitionsstau in Baden-Württemberg geht in die Milliarden. Dennoch werden Landkreise und Kommunen von der Landesregierung unter Druck gesetzt, Krankenhäuser zu schließen und öffentliche Betriebe zu privatisieren.
Geld genug wäre aber da. Als LINKE fordern wir deswegen eine gerechte Steuerpolitik, die auch hohe Einkommen und Millionen-Erben zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Dafür brauchen wir eine Millionärssteuer auf Bundesebene, die direkt den Länder- und Kommunalhaushalten zu Gute kommt. Unterbietungswettbewerbe bei der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir diese durch eine Gemeindewirtschaftssteuer ersetzen,

die als originäre Kommunalsteuer das finanzielle Fundament der Kommunen verstetigt und verbreitert.
Wir stehen für regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcenschonende Produktion von Gütern vor Ort statt lange Anfahrtswege und Ausbeutung von Mensch und Natur. Deshalb haben die Kommunen bei Beschaffungen vorrangig auf regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu achten. Bei sonstigen Beschaffungen ist ein ökofairer Bezug beispielsweise durch Produkte mit FairTrade-Siegel sicherzustellen.

Stadtentwicklung – sozial und nachhaltig
Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksichtigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete sind notwendig. Als LINKE setzen wir uns für das ökologisch-nachhaltige Ideal der „kurzen Wege“ ein. Das bedeutet kurze Wege von der Wohnung zur Arbeit, zum Einkaufen und zu Kultur und Freizeit. So schaffen wir die Verkehrswende - hin zu einer neuen, nachhaltigen Mobilitätskultur.
Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizierten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugänglicher Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Flächenverbrauch, also die weitere Versiegelung von Flächen, muss künftig auf ein Minimum reduziert werden. Im Gegenteil müssen künftig Entsiegelung und Renaturierung von Flächen bei jedem neuen Bauvorhaben zur Auflage gemacht werden. Stadtentwicklung muss sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder mehr Grundstücke in Kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor*innen überlassen werden, sondern muss demokratisch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestaltet werden - dafür steht DIE LINKE.

Leben im ländlichen Raum fördern
Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen braucht es eine regionale Strukturpolitik. Wir wollen, dass die Menschen überall Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und kulturellen Angeboten haben, egal wo sie leben.
Dafür sind mehr Angebote in den ländlichen Gemeinden und eine bessere Anbindung nötig. Wenn der Bus nur sporadisch und nach 20 Uhr womöglich gar nicht mehr fährt, dann ist eine kulturelle Teilhabe schwierig. Darunter leiden auch gerade junge Menschen. Gleichzeitig werden Krankenhäuser und andere Formen der Versorgungsleistungen immer stärker auf die

Städte konzentriert, das betrifft unter anderem den Einzelhandel und schnelles Internet. DIE LINKE steht für eine Strukturpolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen gleichberechtigt aufwertet – in Stadt und Land.

Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn

DIE LINKE steht für eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende, die den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und nachhaltige Mobilitätsangebote in den Fokus nimmt. Deswegen setzen wir ein ÖPNV konzentriertes Verkehrskonzept vor den Individualverkehr. Wir wollen Städte und Siedlungsstrukturen so entwickeln, dass Menschen nicht länger auf einen PKW angewiesen sind. Verkehrsbedingte Klima-, Lärmemissionen und Luftschadstoffe müssen deutlich reduziert werden. Zudem wollen wir den öffentlichen Raum so verteilen, dass umweltschonende Mobilität privilegiert wird. Hier hat die Politik, auch unter grüner Regierungsverantwortung, versagt.

Mobilität ist ein Grundrecht und muss deswegen in öffentlicher Hand bleiben. Privatisierungen sowie Auftragsvergaben an Betreiber, die zu Qualitätsminderungen für das Personal führen, lehnen wir strikt ab. Neben einem Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen wollen wir mittelfristig einen ticketfreien ÖPNV umsetzen, der allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt. In den Städten, die von Pendlerverkehr, CO2 und Feinstaub am stärksten betroffen sind, wollen wir hierzu mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen erste Pilotprojekte anstoßen. Dabei werden wir auch Priorität auf Kapazitäts- und Qualitätsverbesserungen für den ländlichen Raum legen. Verkehr muss zudem allen Menschen zur Verfügung stehen. Der barrierefreie Aus- und Umbau muss mit größeren Anstrengungen betrieben werden.

Stuttgart 21 sabotiert die notwendige Verkehrswende im ganzen Land, u.a. weil es ein Verkehrs-Nadelöhr schafft, das zu einem Integrierten Taktfahrplan in Widerspruch steht, und weil es öffentliche Mittel vereinnahmt, die für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in der Fläche bestimmt und notwendig sind. Die LINKE lehnt dieses Projekt weiterhin entschieden ab.

Lokale Initiativen für den Klima- und Umweltschutz

Kommunale Energiepolitik ist immer auch Klimapolitik. Wir wollen deswegen die Investitionen in erneuerbare Energie erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungstrukturen in den Kommunen fördern. Unser Ziel ist eine 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien. Wir wollen mittels einer kommunalen Energieleitplanung systematisch Potentiale für die regenerativen Energie- und Wärmeversorgung heben. Energieversorgungsnetze gehören in die Hand der Kommunen und nicht in die Hände von Konzernen. Die Energiewirtschaft wollen wir demokratisieren und unterstützen deshalb insbesondere genossenschaftlich organisierte, lokale Energieversorger.

Die Energieversorgung hat neben den ökologischen Aspekten aber auch eine soziale Komponente. Als LINKE setzen wir uns für eine Sozialstaffelung der Energiekosten ein und lehnen Stromsperren für zahlungsunfähige Haushalte ab. Strom muss bezahlbar bleiben! Jeder Mensch muss einen Anspruch auf eine beheizte Wohnung mit Stromversorgung haben.

DIE LINKE sieht sich dem „1,5 Grad-Ziel“ des UN-Klimarahmenabkommens verpflichtet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Dazu sollen kommunale Klimaschutzfonds aufgelegt werden, um Energiesanierungs- und Einsparkreisläufe zu etablieren. Kommunale Investitionen mit Stiftungsvermögen oder kapitalmarktgebundenen Fonds in klimaschädliche Geschäftsfelder müssen unterbunden werden.
Um Kommunen widerstandsfähig zu machen gegenüber den sich verändernden lokalklimatischen Bedingungen und der Hitzeüberlastung sollen Klimaanpassungskonzepte ausgearbeitet werden. Insbesondere im Hoch- und Tiefbau setzen wir auf klimaneutrales Bauen und nachhaltige Stoffkreisläufe:
Waldbestände in kommunaler Hand betrachten wir auch als Kohlenstoffspeicher und fordern eine pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Gärten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten.
Kommunen müssen jeden Ansatz Ressourcen schonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, z.B. durch kommunale Programme für Klima freundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder Repair-Cafes unterstützen.

Direkte Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte

Viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die Demokratie. Als LINKE fordern wir deswegen, dass die Bürgerinnen und Bürger öfter und auch verbindlicher einbezogen werden, zum Beispiel durch Bürger*innenhaushalte. Gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser, Verkehrsverbünde und Stadtwerke braucht es Möglichkeiten der Partizipation, auch die der Selbstverwaltungsorgane.
Wir lehnen Geheimräte ab und verlangen Transparenz in allen kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Bürger*innenanträge und -entscheide wollen wir deswegen auch auf Landkreisebene ausweiten und fordern die Direktwahl der Landräte und Landrätinnen. Mieterbeiräte müssen in kommunalen Wohnungsgesellschaften verbindlich eingeführt werden. Die Inklusionsbeauftragten wollen wir in den Kommunalparlamenten hauptamtlich wählen lassen und mit eigenem Budget versehen. In kleineren Gemeinden wollen wir zumindest ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte.

Solidarität statt Hass – Geflüchtete integrieren, Rassismus bekämpfen

DIE LINKE tritt für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Darunter verstehen wir eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung, respektvoller Umgang, Beratung und Begleitung, spezielle Angebote für traumatisierte Menschen und gute Integrationsangebote in Ausbildung und Beruf. Kommunale Einrichtungen, vom Jobcenter bis zu den Schwimmbädern, dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Religion oder Herkunft benachteiligen – auch nicht als Beschäftigte. Wir setzen uns deswegen für anonymisierte Bewerbungsverfahren ein.

Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Stattdessen unterstützen wir Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistische Aktivitäten, wie beispielsweise das Konzept von „Sanctuary Cities“. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen jede Mitwirkung an Abschiebungen verweigern.
AfD, Identitäre Bewegung und die gewaltbereite Naziszene sind in Baden-Württemberg eng verflochten. Wir beteiligen uns deswegen vor Ort an Bündnissen gegen Rechts wie „Aufstehen gegen Rassismus“. Eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen, die eine rassistische und nationalistische Politik betreiben, kommt für uns nicht in Frage.
Wir lehnen den Ausbau von Videoüberwachung und das zunehmende „Racial Profiling“ ab. Statt Symbolpolitik setzen wir auf Prävention, beispielsweise durch mehr Sozialarbeit, um Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen.

Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion
Kriege und ungerechter Handel sind der Hauptgrund für Hunger in der Welt, Flucht und Vertreibung. Rüstungsexporte, Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze verursachen nicht nur hohe Kosten, sondern schaffen vor allem auch unermessliches menschliches Leid. Dafür wollen wir keine Propaganda - „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ ist unser Motto. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Konversion der baden-württembergischen Rüstungsbetriebe in zivile Produktion ein. Wir treten dafür ein, Gemeinden mit militärischen Standorten, wie der deutsch-französischen Brigade in Müllheim, eine Zukunft ohne diesen örtlich oft überschätzten "Wirtschaftsmotor" zu geben. Denn gelungene Beispiele der Konversion gibt es bereits gerade auch in Baden-Württemberg! Und wir streiten für kommunale Zivilklauseln bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten. Wir tragen die Forderung der Friedensbewegung in alle Städte und Gemeinden: Rüstungsproduktion schließen, Rüstungsexporte verbieten!
Städte und Gemeinden sozial und friedlich – das ist unser Ziel